

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

02.07.2013

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 18.04.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

18:00 Uhr - 19:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.02.2013 - öffentlicher Teil**
0181/2013

- 4 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 **Frauenpolitische Informationen**
0180/2013
- 6 **Jugendbefragung 2011 - Freizeitverhalten junger Menschen**
0028/2013
- 7 **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte
- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens "Odenthaler
Straße/Hauptstraße"**
0029/2013
- 8 **Beschlüsse des Regionalrats zu Verkehrsprojekten in Bergisch Gladbach**
0151/2013
- 9 **Forschungsprojekt „Perspektiven von Eigenheimquartieren im suburbanen Raum:
Analysen im Rheinisch-Bergischen Kreis“ des Institut für Wohnungswesen,
Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung**
0176/2013
- 10 **Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Internationalen
Begegnungsstätte**
0166/2013
- 11 **Aktionsplan Inklusion (Erste Lesung)**
0168/2013
- 12 **Satzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung**
0169/2013
- 13 **Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse**
0171/2013
- 14 **Jahresbericht 2012 der GL Service gGmbH**
0170/2013
- 15 **Entwicklungen und Perspektiven der GL Service gGmbH**
0194/2013
- 16 **Anträge der Fraktionen**
- 16.1 **Antrag der SPD Fraktion vom 21.02.2013 zur Kreuzung Odenthaler
Straße/Hauptstraße**
0132/2013
- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 18. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Vorsitzende stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Unter Zustimmung der Ausschussmitglieder schlägt die Vorsitzende vor, TOP 16.1. gemeinsam mit dem inhaltlich zuzuordnenden TOP 7 zu beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.02.2013 - öffentlicher Teil *0181/2013*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende berichtet, dass es bezüglich des Vorschlags in der vergangenen Sitzung, einen regelmäßigen Tagesordnungspunkt „Mitteilungen aus der Arbeit der Beiräte/Räte“ anzusetzen, weder positive noch negative Rückmeldungen aus den Fraktionen und den Beiräten gegeben habe. Nachdem die Ausschussmitglieder auf Nachfrage keine Einwände haben, kündigt die Vorsitzende an, den TOP ab der kommenden Sitzung regelmäßig in die Tagesordnung aufzunehmen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Dr. Werheit informiert, im Rahmen der Aktualisierung des seit 2009 im Entwurf vorliegenden Einzelhandelskonzepts werde in der Zeit vom 22. - 26.04. eine Befragung durch das Büro Stadt und Handel durchgeführt, das hiermit einen kleinen Teilauftrag ausführe.

Auf Herrn Waldschmidts Nachfrage berichtet Frau Dr. Werheit weiter, es solle selbstverständlich zu einer Entscheidung zum Einzelhandelskonzept kommen. Es sei vorgesehen, die bereits in 2008 erhobenen Daten zunächst grundlegend zu aktualisieren und eine Anpassung an die neue rechtliche Situation vorzunehmen. Dies bedeute einen etwas größeren Aufwand, zumal noch keine verlässlichen Informationen zum weiteren Fortgang zum im Entwurf vorliegenden Landesentwicklungsplan zum großflächigen Einzelhandel vorlägen.

Frau Dr. Werheit weist auf die den Fraktionen Ende vergangener Woche zugestellte und aktuell ausliegende Tischvorlage (*Anlage*) hin, aus der sich die beabsichtigte Arbeitsplanung für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ergebe. Insbesondere auf der Grundlage des im Rat beschlossenen Stadtentwicklungskonzeptes sei in diesem Zusammenhang eine sehr breite Bürgerbeteiligung vorgesehen. Die Tischvorlage stelle u. a. Schemata über die grundsätzliche Struktur der Planungswerkstätten dar, andererseits sei beabsichtigt, auf die fachlich-organisatorische und eventuell auch personelle Unterstützung des vhw-Städtenetzwerks bei der Durchführung von Veranstaltungen in den Stadtteilen zurückzugreifen. Nach Beendigung dieses umfangreichen Prozesses solle Ende 2014 im Rahmen der erforderlichen formalen Abläufe mit der frühzeitigen Bürgerbeteiligung begonnen werden, so dass voraussichtlich im Herbst 2015 die Offenlage des Flächennutzungsplanentwurfes erfolgen könne. Aufgrund dieser breiten Bürgerbeteiligung und frühzeitiger intensiver Rückkopplung mit dem politischen Raum könne es bei einem guten Verlauf bis Mitte 2016 zu einer Beschlussfassung des Flächennutzungsplans kommen.

Herr Waldschmidt bezieht sich auf die Tischvorlage und bittet darum, auf eine rechtzeitige Zustellung zusätzlicher Informationen zu achten. Die der SPD-Fraktion am Freitag per Mail zugestellte Information habe erst am Montagnachmittag den Fraktionsmitgliedern selbst weitergeleitet werden können, so dass es diesen nicht möglich war, sich mit dem Inhalt intensiv zu beschäftigen. Er weist darauf hin, dass die Einladungsfrist von einer Woche laut Geschäftsordnung immer ein Wochenende gewährleiste, das Gelegenheit zur Bearbeitung der Unterlagen gebe. Frau Dr. Werheit erklärt die späte Zustellung der Tischvorlage mit kurzfristigem weiteren Abstimmungsbedarf in der Verwaltung, weshalb der reguläre Versand der Vorlage mit der Einladung nicht mehr habe erfolgen können. Sie könne sich nur entschuldigen, dass die Tischvorlage letztlich so kurzfristig eingebracht worden sei.

Herr Dr. Bernhauser findet es wichtig, im ASSG so konkret zu werden, weil zugunsten der Stadtentwicklung der Flächennutzungsplan in dieser Wahlperiode tatsächlich angegangen werden solle, nachdem eine Reihe von Vorarbeiten bereits geleistet worden seien. Im Sinne einer Scharfstellung für die Erstellung des Flächennutzungsplan sei es nun – auch unter Verwendung der jetzt vorliegenden Mitteilung – zunächst erforderlich, den Aufstellungsbeschluss in den nächsten Sitzungen des ASSG und des Planungsausschusses zu beraten und in darauf folgenden Ratssitzung zu beschließen. Frau Dr. Werheit bestätigt den Aufstellungsbeschluss als einen vor Sommerpause vorgesehenen ersten formalen Schritt.

5.1. Frauenpolitische Informationen

0180/2013

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Auf Nachfrage von Frau Schundau, warum das Platzangebot der Stadtverwaltung für Jungen mit 9 Plätzen gegenüber 83 für Mädchen deutlich geringer ausfalle, berichtet Frau Fahner, glücklicherweise sei es gelungen, 9 Plätze in jungentypischen Berufen zu akquirieren. Dies sei deshalb schwierig, weil es das klassische Platzangebot z.B. in den pflegenden oder erzieherischen Bereichen in der Stadtverwaltung nicht gebe. Zum heutigen Zeitpunkt zeige sich aber auch nur ein geringer Bedarf, weil von den 9 angebotenen Plätzen erst 3 belegt worden seien. Dies gelte nach heutiger Recherche auf der Boys' Day-Homepage auch für die Plätze in Bergisch Gladbacher Kindertagesstätten, die bereits im vergangenen Jahr sehr positiv auf ein Anschreiben des Frauenbüros/der Gleichstellungsstelle reagiert hätten, im Rahmen des Boys' Days auf den erzieherischen Bereich aufmerksam zu machen.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet aus ihrer eigenen beruflichen Erfahrung, die Hemmschwelle für eine solche Platzanfrage liege hoch, weshalb sie vorschläge, Lehrerinnen und Lehrer im Sinne einer Unterstützung zu sensibilisieren.

6. Jugendbefragung 2011 - Freizeitverhalten junger Menschen *0028/2013*

Frau Holtzmann begrüßt Frau Liebmann-Buhleier, die wegen des begrenzten Zeitrahmens nur einen Teil der Jugendbefragung mittels einer Bildschirmpräsentation vorstellt.

Frau Liebmann-Buhleier berichtet, es seien ca. 5.000 junge Menschen im Alter von 12-16 Jahren in Bergisch Gladbach postalisch befragt worden. Der Rücklauf von gut 2.000 Antworten entspreche einem sehr guten Ergebnis.

Zum Thema Freizeitgestaltung sei aufgefallen, dass es in den Kategorien „Entspannen“, „Abhängen“, „Chillen“ und „Zuhause sein“ zwischen etwa 40 % und bis zu 60/70% Antworten gab, die das Entspannungs- und Ruhebedürfnis der jungen Menschen ausdrückten. Dies sei verständlich angesichts der Auswertung, dass die jungen Menschen je nach Alter Zeiten von 6 bis zu 10 Stunden in der Schule oder mit der Schule verbringen. Auch die Ausübung von Hobbys sei mit 80 % als ein Absenken des Anspruchspegels in der Schule zu sehen.

Frau Liebmann-Buhleier führt aus, nach Auswertung läsen 36 % der Jugendlichen regelmäßig ein Buch, und zwar vorrangig die Mädchen, oder Zeitschriften, hier vorrangig die Jungen.

Die höchste Ausprägung sei in der Kategorie „Musik hören, Musik machen“ mit 90 % zu verzeichnen.

In der Kategorie „Einkaufen und Shoppen“ ergebe sich aus den Datenabfrage der regelmäßigen, wöchentlichen Durchführung ein Anteil von ca. 40 % bei den Mädchen, bei den Jungen deutlich weniger. Erfreulich sei, dass 63 % der jungen Menschen ihre Mitgliedschaft in einem Sportverein angegeben hätten. Frau Liebmann-Buhleier gibt einen Überblick über die Nutzung der einzelnen Sportarten anhand der präsentierten Tabellen.

Bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung - so führt Frau Liebmann-Buhleier weiter aus - sei festzustellen, dass 40 % der Mädchen und 4 % der Jungen „Tanzen und Ballett“ als Freizeitbeschäftigung angeben. Auch beim Reitsport seien deutlich mehr Mädchen als Jungen vertreten. Im Fußballsport sei hingegen eine interessante Entwicklung zu beobachten: Mittlerweile geben 25 % der Mädchen an, Fußball zu spielen. Streetball andererseits werden von 23 % der Jungen und 4 % der Mädchen in der Freizeit gespielt.

Frau Liebmann-Buhleier berichtet über die Auswertung des auch kritisch diskutierten Umgangs mit Medien. Etwa 1/3 der jungen Menschen habe angegeben, täglich 1 Stunde fernzusehen, ungefähr 40 % 1-2 Stunden, etwa 10 % 4 - 5 Stunden und 6 Stunden und mehr.

Wenn es sich hier nicht um eine Fehleinschätzung in der Zeitbewertung handle, könne dieses Ergebnis kritisch betrachtet werden. Ein ähnliches Bild ergebe sich auch bei der Auswertung der Computernutzung, wobei hier zu berücksichtigen sei, dass heutzutage zum Teil Hausaufgaben am Computer, auch in Form von Internetrecherchen, erledigt werden müssten.

Letztlich sei bei einem Abgleich der Kategorien „mehr als 4 Stunden am Computer täglich“ und gleichzeitig „mehr als 4 Stunden am Fernseher täglich“ eine Gruppe von 70 jungen Menschen ermittelt worden. Auch wenn das im Verhältnis zur Gesamtmenge der Rückläufe von 2.000 sehr wenig sei, sei zu überlegen, wie man in problematischen Einzelfällen diese jungen Menschen erreiche.

Frau Liebmann-Buhleier bricht aufgrund der Zeitvorgabe ihre Präsentation hier ab und empfiehlt die Lektüre des noch um einige spannende Punkte erweiterten und demnächst zu veröffentlichenden Bericht. Sie stehe gerne für Nachfragen und weitere Ideen zur Verfügung.

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten Vortrag. Auf Nachfrage der Vorsitzenden antwortet Frau Liebmann-Buhleier, der im städtischen Internet zu veröffentlichende Bericht brauche noch etwas Zeit, wohingegen die heutige Präsentation, ggf. in erweiterter Form, dem Protokoll angehängt werden könne (*Anlage, wird nachgereicht*).

Frau Stauer bedankt sich für den sehr aufschlussreichen Bericht. Sie informiert aus ihrer beruflichen Erfahrung in einem Berufskolleg, dass sehr wahrscheinlich unter der Kategorie „Chillen und Entspannen“ usw. auch das Verbringen von Zeit am Computer zu verstehen sei. Frau Stauer bezieht sich auf die Auswertung „63 % sind Mitglied im Sportverein“ und interessiert sich auch vor dem Hintergrund, Sportvereine breiten Schichten öffnen zu können, dafür, welche sozialen Schichten Zugang zu den jeweiligen Sportstätten haben. Es gehe darum, dem Problem der Bewegungslosigkeit und der Fehlernährung etc. wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Frau Liebmann-Buhleier bezieht sich u. a. auf die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes, weshalb es keine genaueren Daten zur Beantwortung von Frau Stauers Frage gebe.

Frau Schöttler-Fuchs dankt Frau Liebmann-Buhleier für die umfangreiche Auswertung und weist u. a. darauf hin, dass das Schulsystem offenbar nicht sehr kinderfreundlich sei, wenn 62 % der Befragten Probleme in der Schule anzeigten.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Liebmann-Buhleier für ihren Vortrag, der in diesem Ausschuss lediglich unter dem Genderaspekt betrachtet werde.

Gemeinsame Beratung (s. TOP 1):

7. Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte
- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens "Odenthaler
Straße/Hauptstraße"
0029/2013

und

16.1. Antrag der SPD Fraktion vom 21.02.2013 zur Kreuzung Odenthaler
Straße/Hauptstraße
0132/2013

Die Vorsitzende weist auf die ausgiebige Diskussion zu den beiden Tagesordnungspunkten in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung des AUKV und des Planungsausschusses hin und beginnt sodann mit der Abstimmung, zunächst des **SPD-Antrages** (TOP 16.1):

Die Beratungen über die verkehrlichen Lösungen an der Kreuzung Hauptstraße/Odenthaler Straße werden erst dann begonnen, wenn die Bauleitplanung in den angrenzenden B-Plan Gebieten abgeschlossen ist.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kiditinitiative **abgelehnt**, gegen die Stimmen von SPD und LINKE./BfBB.

Die Vorsitzende lässt nun über die in der vorausgegangenen Sondersitzung beratenen Beschlüsse abstimmen:

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen folgende dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlüsse**, und zwar

mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion:

- I. Der Beschluss des Hauptausschusses vom 18.06.2009, dem Umbau sowie der Umgestaltung des Verkehrsknotens Hauptstraße/ Odenthaler Straße die Variante 5.7 (Kompakter Kreisverkehrsplatz) zu Grunde zu legen, wird aufgehoben.**

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB:

- II. Der ASSG beschließt, dem weiteren Planungs- und Umsetzungsprozess für den Umbau und die Umgestaltung des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/ Hauptstraße die Planung „Lichtsignalgeregelter Verkehrsknoten - Variante 4.4“ (ohne Erhalt des Waatsack-Gebäudes am jetzigen Standort) zu Grunde zu legen.**

mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion der Kidityiative gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB:

- III. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Planung „Lichtsignalgeregelter Verkehrsknoten - Variante 4.4“ die Ausführungsplanung zu erstellen bzw. erstellen zu lassen und vorbereitende Maßnahmen (z.B. Grunderwerbsverhandlungen) durchzuführen.**

mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion der Kidityiative gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB:

- IV. Dem weiteren Verfahren zur Fortsetzung der Rahmenplanung Stadtmitte mit Erstellung des Städtebaulichen Leitplans Version 02 ist die Planung Lichtsignalgeregelter Verkehrsknoten - Variante 4.4“ (ohne Erhalt des Waatsack-Gebäudes am jetzigen Standort) zu Grunde zu legen.**

mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktion der Kidityiative gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB:

- V. Die Planung „Lichtsignalgeregelter Verkehrsknoten - Variante 4.4“ (ohne Erhalt des Waatsack-Gebäudes) ist dem Bebauungsplanverfahren Nr. 2168 - Odenthaler Straße/ Hauptstraße - zu Grunde zu legen.**

Darüber hinaus fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann - auf der Grundlage der in der vorberatenden gemeinsamen Sondersitzung des AUKV und des PLA auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossenen Beschlussempfehlung - mehrheitlich bei Enthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB und der Kidityiative gegen die Stimmen der SPD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

- VI. Das Waatsack-Gebäude wird transloziert.**

8. Beschlüsse des Regionalrats zu Verkehrsprojekten in Bergisch Gladbach
0151/2013

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

9. Forschungsprojekt „Perspektiven von Eigenheimquartieren im suburbanen Raum: Analysen im Rheinisch-Bergischen Kreis“ des Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung
0176/2013

Frau Dr. Werheit teilt mit, das Forschungsprojekt als solches finde statt, lediglich die Befragung habe sich aufgrund einer Veränderung des Forschungsdesigns verändert. Bei Interesse könne sie zu gegebener Zeit über den Abschluss des Projektes berichten.

10. Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Internationalen Begegnungsstätte
0166/2013

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

11. Aktionsplan Inklusion (Erste Lesung)
0168/2013

Herr Buhleier merkt zunächst an, die Vorlage sei bereits im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung beraten worden. In der Vorlage selbst (Seite 43) sei ihm ein Fehler unterlaufen, den er zu entschuldigen bitte: In der Aufzählung der Mitglieder der Steuerungsgruppe zum Aktionsplan Inklusion fehle ein Spiegelstrich, und zwar seien auch die Vertreter der Ratsfraktionen eingeladen worden. Die Aufzählung werde in der zweiten Version selbstverständlich entsprechend ergänzt.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, er halte die vollständige Umsetzung des Aktionsplanes bis 2017 u. a. wegen der längerfristigen gesellschaftlichen Umdenkungsprozesse für nicht leistbar. Herr Buhleier pflichtet Herrn Dr. Bernhauser im Grundsatz bei, das Thema Inklusion werde eine generationsübergreifende Aufgabe. Zunächst solle aber im Zeitraum von 5 Jahren regelmäßig über den Entwicklungsstand berichtet werden. Im Rahmen einer Fortschreibung sei dann die Bearbeitung weiterer Handlungsfelder vorgesehen.

Herr Tschorny bezieht sich auf Seite 43, wonach sich die Steuerungsgruppe aus arbeitsökonomischen Gründen auf die Handlungsfelder „Zugänglichkeit und Mobilität“, „Bildung“ und „Arbeit und Beschäftigung“ konzentriert habe. Er könne dies zwar arbeitstechnisch nachvollziehen, finde es andererseits wichtig, in diesem Plan auch zu berücksichtigen, dass auch die übrigen von der UN genannten Handlungsfelder in Bergisch Gladbach umgesetzt werden müssen. Herr Buhleier informiert, die Konzentration auf drei Handlungsfelder bedeute nicht, dass in anderen Bereichen nichts geschehe. So gebe es Handlungsbedarf im Bereich „Inklusion und Schule“, wobei bezüglich des Umbaus von Schulgebäuden die Gesetzgebung des Landes abgewartet werden müsse.

12. **Satzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung**
0169/2013

Herr Buhleier bezieht sich auf die Tischvorlage, in der die Änderungen im Satzungsentwurf besser sichtbar in roter Schrift dargestellt seien. Die Satzungsänderung sei vorab im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung diskutiert worden. Als Ergebnis werde redaktionell durchgängig die Singularform „Menschen mit Behinderung“ verwendet. Herr Buhleier berichtet weiter, aus dem politischen Raum sei ihm signalisiert worden, in der zur Vorbereitung von Zielvereinbarungen eingerichteten Kommission (S. 112 der Einladung, § 4, Ziff. 2) sollten auch Ratsmitglieder mitarbeiten können. Er werde deshalb gerne im Satzungsentwurf aufnehmen, je ein Fraktionsmitglied zu der Kommissionsarbeit einzuladen.

Frau Münzer und Herr Waldschmidt drücken ihre Zustimmung aus, jeder Fraktion die Teilnahme an der Erarbeitung der Zielvereinbarungen zu ermöglichen.

Herr Tschorny berichtet von dem Interesse seiner Fraktion, die Satzung noch etwas demokratischer zu gestalten, so z.B. das Vorschlagsrecht hinsichtlich der Wahlen von den Behindertenhilfeorganisationen auf alle Bürger/-innen Bergisch Gladbachs zu erweitern. Seine Fraktion frage sich, warum nicht der Rat oder der zuständige Ausschuss anstelle des Bürgermeisters eine Person zum Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung bestellen könne. Die gleiche Fragestellung gelte auch für § 4, Absatz 2 c. Seiner Fraktion sei daran gelegen, eine breitere Basis für mehr Demokratie zu schaffen.

Herr Buhleier führt aus, nach seiner Auffassung habe ein Beirat die starke Aufgabe, Politik beratend zu unterstützen. Aus dem Grund sei ein Mischverhältnis von Experten und Betroffenen sinnvoll, so wie dies in den letzten Jahren im Beirat auch gegeben gewesen sei. Die Überprüfung der Möglichkeit einer Direktwahl habe ergeben, dass aus Erfahrung die Wahlbeteiligung in den Beiräten aus unterschiedlichen Gründen häufig sehr gering sei. Eine Schwierigkeit ergebe sich bereits bei der Erstellung eines Wählerverzeichnisses, weil es kein statistisches Merkmal gebe, das die Behinderung eines Menschen erhebe.

Ziel sei es aber, so informiert Herr Buhleier weiter, zukünftig im Beirat auch die Möglichkeit zu haben, Projektgruppen einzurichten, die zu spezifischen Themenstellungen arbeiten und diese auch in den Beirat einbringen.

Im Übrigen übernehme der Bürgermeister den Vorsitz und die Geschäftsführung der Kommission, wobei eine geeignete Vertretung von ihm benannt werden könne.

Die Vorsitzende kommt zur Abstimmung des politikübergreifenden Konsenses:

Auf der Grundlage eines gleich lautenden Antrages der CDU-Fraktion beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB - die **Beschlussempfehlung**

zu folgender Satzungsergänzung unter § 4 "Abschluss von Zielvereinbarungen" hinter Punkt 2.d):

"e) je ein von der jeweiligen Fraktion benanntes Ratsmitglied pro Fraktion, für das die jeweilige Fraktion jeweils ein Ratsmitglied als persönliche/n Stellvertreterin/Stellvertreter benennt."

Unter Berücksichtigung dieser Änderung nehmen die Ausschussmitglieder die Satzung in der als Tischvorlage (*Anlage*) vorgelegten Form zustimmend zur Kenntnis und beschließen auf dieser Grundlage einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB die dem Verwaltungsvorschlag folgende **Beschlussempfehlung**:

Die Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach wird beschlossen.

13. Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse
0171/2013

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig folgende – dem Vorschlag der Verwaltung folgende – **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

Folgende Mitglieder des Seniorenbeirates werden als sachkundige Einwohnerin/sachkundiger Einwohner mit beratender Stimme in die aufgeführten Ausschüsse entsandt:

- 1. in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW:
Frau Brigitte Prinz als Mitglied und Herr Wolfgang Kohlschmidt als ihr Vertreter**
- 2. in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann:
Frau Brigitte Prinz als Mitglied und Herr Wolfgang Kohlschmidt als ihr Vertreter**
- 3. in den Infrastrukturausschuss:
Frau Margret Brosch als Mitglied und Herr Heinz Udo Kröger als ihr Vertreter**
- 4. in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport:
Frau Elvira Ozaneaux-Martinez Besse als stellvertretendes Ausschussmitglied**
- 5. in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr:
Frau Heide Luck als stellvertretendes Ausschussmitglied.**

14. Jahresbericht 2012 der GL Service gGmbH
0170/2013

Gemeinsame Beratung:

TOP 14 – Jahresbericht 2012 der GL Service gGmbH

und

TOP 15 – Entwicklungen und Perspektiven der GL Service gGmbH

Auf Vorschlag von Herrn Waldschmidt stimmt die Vorsitzende der gemeinsamen Behandlung von TOP 14 und TOP 15 zu.

Herr Waldschmidt kündigt an, Herr Hoffstadt werde im Haupt- und Finanzausschuss die hier entscheidende Frage diskutieren, ob und wie gewährleistet werden könne, dass die GL Service gGmbH als gemeinnützige GmbH zukünftig schwarze Zahlen schreibe.

Herr Kuhlen entschuldigt zunächst Herrn Dekker, der aufgrund der Zeitverzögerung dieser Sitzung zur Wahrnehmung eines Anschlusstermins habe aufbrechen müssen. Er nehme Herrn Waldschmidts Informationen so zur Kenntnis. Herr Kuhlen erläutert inhaltlich, TOP 14 betreffe den turnusmäßig im ASSG vorgelegten retrospektiven Jahresbericht der GL Service gGmbH, TOP 15 befasse sich mit Herrn Hoffstadts Frage, was die GL Service gGmbH insbesondere für Arbeit suchende Menschen und für soziale Einrichtungen in Bergisch Gladbach leiste. In der Vorlage werde erstmals sehr ausführlich dargestellt, welche unterschiedlichen Facetten die GL Service gGmbH bediene, einmal für Bürgerinnen und Bürger, für Betroffene im Bereich der Sozialpädagogik sowie für die Arbeitsförderung.

Was die Beantwortung der Anfrage von Herrn Hoffstadt angehe, so führt Herr Kuhlen weiter aus, sei die Vorlage aus seiner Sicht zielführend. Die GL Service gGmbH sei darüber hinaus gerne bereit, weitere Nachfragen zu beantworten.

Herr Dr. Bernhauser erläutert aus der Sicht des Sozialausschusses, die Stadt Bergisch Gladbach habe einige soziale Aktivitäten und soziale Maßnahme in die GL Service gGmbH ausgegründet, womit sie sich aber nicht einer Finanzierung dieser sozialen Maßnahmen und sozialen Aktionen entbunden habe. Für die GL Service gGmbH werde es aufgrund des Wandels der Arbeitsmarktinstrumente und auch der Zuweisungen schwierig, schwarze Zahlen zu schreiben. Herr Waldschmidt stimmt dem zu, er vermisse aber die Darstellung eines Verlustausgleichs durch die Stadt.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Thematik in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ausführlicher diskutiert werden könne.

Herr Tschorny begrüßt für seine Fraktion die Entwicklung in Richtung ambulanter Hilfen zur Erziehung, wenn dadurch eine Kompensation des Geschäftsergebnisses stattfände.

Auf Herrn Tschornys Frage, worin die Zusätzlichkeit nach dem SGB II bei den Arbeitsgelegenheiten bestehe, berichtet Herr Kuhlen, die Zusätzlichkeit sei gesetzlich seit 2012 durch die so genannte Instrumentenreform definiert, und zwar nicht nur die Zusätzlichkeit, sondern auch die Gemeinnützigkeit und die Nachrangigkeit von AGH gegenüber allen anderen Instrumenten. Konkret bedeute das beispielsweise Aufgaben wie das Entfernen von Graffiti an Schulgebäuden, das Beseitigen von auf Schulgrundstücken entstandenen Brachen. Dies seien keine Pflichtaufgaben, die Leistung komme aber den Schulen zugute. Zudem sei es ganz wichtig, die betroffenen Menschen zu den Arbeitsgelegenheiten zu befragen. Sie seien dankbar für die mühsam aufgebaute Struktur, die sie gerne weiter beibehielten.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet als Mitglied der Gesellschafterversammlung von der durch den Wegbruch der Arbeitsgelegenheiten entstandenen Problematik der GL Service gGmbH. Es sei ganz wichtig, in dem Bericht deutlich zu machen, wie viele Menschen in den vergangenen Jahren dort betreut wurden und dass es gelungen sei, einige in den 1. Arbeitsmarkt zu bringen.

Die Vorsitzende dankt für den Hinweis und schlägt vor, diese Information nach Möglichkeit für Haupt- und Finanzausschuss aufzubereiten.

Herr Kuhlen dankt Frau Schöttler-Fuchs für ihre Ausführungen und weist auf die Tabelle auf Seite 4 der Vorlage hin, wonach im Zeitraum 2009 bis Ende 2012 20 % der betroffenen Menschen in Arbeit gegangen sind. Zurzeit seien bei der GL Service gGmbH je Halbjahr 60 Plätze bewilligt, die besetzt werden dürften.

Die Vorsitzende dankt für die Ausführungen.

Frau Münzer regt an, eine von Herrn Dekker erstellte Vorlage, vermutlich mit dem Titel „Wo stünde Bergisch Gladbach, wenn es die GL Service gGmbH nicht gäbe?“, ebenfalls zum rechtzeitigen Studium vor der kommenden Haupt- und Finanzausschusssitzung zur Verfügung zu stellen (*Anlage*).

15. Entwicklungen und Perspektiven der GL Service gGmbH *0194/2013*

s. TOP 14 (gemeinsame Beratung)

16. Anträge der Fraktionen

**16.1. Antrag der SPD Fraktion vom 21.02.2013 zur Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße
0132/2013**

s. TOP 7 (gemeinsame Beratung)

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Bernhauser fragt betreffend die Unterbringung der Opfer des Brandes in der Schlossstraße, ob die Stadt Bergisch Gladbach zumindest einem Teil der Bewohner die Miete über das Sozialamt ersetzt bzw. der Eigentümer die Mieten quasi direkt von der Stadt erhalten habe und ggf., ob die Stadt dann auf die baulichen und technischen, d.h. brandschutzbezogenen Zustände in einem solchen Haus hätte Einfluss nehmen können. Darüber hinaus fragt Herr Dr. Bernhauser, wo die Opfer jetzt untergebracht seien und wann sie wieder in eine normale Unterkunft zurückkehren könnten.

Herr Kuhlen berichtet zu dem Brand in der Schlossstr. 16. Nach seinem Kenntnisstand wohnten dort insgesamt 35 Menschen, die zu einem sehr großen Teil Leistungen nach dem SGB II erhielten. Insofern zahle die Stadt also keine Leistungen. Dank des auch in der Presse gelobten hervorragenden Einsatzes der Feuerwehr und der Rettungskräfte und dank des tollen nächtlichen Einsatzes der im Fachbereich Jugend und Soziales für die Unterkünfte zuständigen Sozialarbeiter/-innen seien diese 35 Menschen in einer ersten Krisenintervention in städtischen Unterkünften untergebracht worden. Einige Betroffene hätten inzwischen eine Unterkunft bei Verwandten oder Freunden gefunden. Aktuell seien noch 19 Menschen in den städtischen Notunterkünften untergebracht. Wegen der zum Teil massiven sozialen Schwierigkeiten der untergebrachten Menschen bestehe die Sorge, dass die Wohndauer in den Notunterkünften sich länger hinziehen könne, es sei denn, nach Wiederherstellung der Schlossstr. 16 könnten die alten Rechte als Mieter wieder geltend werden.

Herr Schmickler weist zum Brandschutz zunächst auf die vor einigen Jahren auf Betreiben der Bauaufsicht installierte Außentreppe an der Rückseite des Gebäudes hin. Diese biete einen zusätzlichen Rettungsweg, der möglicherweise in der Paniksituation der betroffenen Menschen nicht genutzt worden sei. Die Bauaufsicht sei auch noch wenige Tage vor dem Brandunglück im Gebäude gewesen. Die Holzkeile, mit denen die Brandschutztüren in den Fluren festgesetzt waren, seien bei dieser Gelegenheit entfernt worden. Bei dieser Begehung seien auch Arbeiten im Haus festgestellt worden, die vielleicht genehmigungsfähig, aber zum Zeitpunkt des Feuerausbruchs noch nicht genehmigt waren.

Herr Waldschmidt bezieht sich auf den in einer der vergangenen ASSG-Sitzungen beratenen Neubau eines Übergangwohnheims in Gierath. Zwischenzeitlich habe er eine vermutlich auch an andere Kommunalpolitiker gesandte Mail mit einer Unterschriftenliste erhalten, die sich gegen die Erneuerung des Übergangwohnheims wende. Den darin aufgeführten Argumenten, beispielsweise es gebe schon genug sozialen Wohnungsbau, müsse eigentlich entgegnet werden. Herr Waldschmidt fragt, ob der Stadt diese Mail bekannt sei und ggf. wie sie im Sinne einer Aufklärung darauf reagieren wolle.

Die Vorsitzende merkt an, auch die CDU-Fraktion habe eine entsprechende Mail erhalten und eine eindeutige Rückantwort versandt. Nach ihrer Kenntnis, so führt die Vorsitzende weiter aus, habe in der vergangenen Woche auch bereits ein Gespräch zwischen den betroffenen Personen und dem Bürgermeister stattgefunden, in dem letzterer sich sehr eindeutig positioniert habe.

Frau Schundau berichtet über ihre Teilnahme an einer Versammlung des Bürgervereins Gierath, im Rahmen derer insbesondere der desolate Zustand des Fahrradwegs über die alte Bahntrasse von Rodemich zum Refrather angesprochen worden sei. Frau Schundau fragt, ob die Stadt die dort offenbar in der Fahrbahn vorhandenen Löcher so auffüllen könne, dass ein gefahrloses Radfahren möglich sei.

Herr Schmickler antwortet, er habe selbst den Weg kürzlich noch mit dem Rad befahren. Bei den angesprochenen Schäden handele es sich zum großen Teil um Wurzelschäden, die aber ein zügiges, wenn auch aufmerksames, Fahren erlaubten. Die Behebung von Wurzelschäden sei bekanntlich deshalb problematisch, weil eine nachhaltige Bearbeitung zur Schädigung des betroffenen Baumbestandes führen könne. Herr Schmickler kündigt an, die Verwaltung entsprechend zu informieren. *(Ergänzung: In der Sitzung bestand ein Missverständnis. Gemeint ist die Trasse der ehemaligen Linie G.)*

Frau Schundau fragt in diesem Zusammenhang, ob ein für das Mobilitätsmanagement angekündigter Betrag in Höhe von 93.000 Euro für die Ausbesserung dieses Fahrradweg verwendet werden könne. Des Weiteren bezieht sich auf einen in einer der letzten Sitzungen präsentierten Vortrag über mögliche Verbesserungen der Buslinien und der Bushaltestellen mit Blick auf die Alterspyramide der Bevölkerung und fragt nach dem Sachstand, insbesondere nach konkreten Maßnahmen.

Frau Dr. Werheit antwortet zum Mobilitätsmanagement, das Projekt sei für drei Jahre veranschlagt. Bergisch Gladbach sei als beispielhafte Stadt ausgewählt worden, in der noch ein entsprechendes Konzept entwickelt werden solle. Die Stadt habe gerade erst den Zuschlag erhalten. Die Planung, die auch in Einklang mit dem Verkehrsentwicklungsplan erfolgen solle, stehe nun an. Es sei beabsichtigt, dass der VRS direkten Kontakt mit Vertretern aus dem politischen Raum aufnimmt, um die Vorstellungen zum Thema Mobilitätsmanagement zu ermitteln. Der von Frau Schundau angesprochene Betrag von 93.000 €, die die Stadt im Rahmen der Förderung für das Mobilitätsmanagement erhalte, sei beispielsweise für die Durchführung von Veranstaltungen, Beratungsleistungen usw. für die Konzepterstellung und möglicherweise für technische Unterstützung vorgesehen. Beim Mobilitätsmanagement gehe es um die Verknüpfung von Verkehrsträgern, z.B. durch Informationssysteme. So sei der Betrag nicht als klassische investive Maßnahmen im Sinne von Frau Schundaus Anfrage vorgesehen.

Herr Schmickler merkt ergänzend an, nach seiner Meinung müsse die Verkehrsentwicklungsplanung, das Mobilitätsmanagement und das von Frau Schundau angesprochene MoSiM-Projekt im Gesamtzusammenhang gesehen und behandelt werden.

Herr Pick stellt folgende Anfrage an die Verwaltung:

Welche Überlegungen haben die Verwaltung dazu bewogen, der seit heute morgen geltenden Regelung - entgegen einer mir vor einem Monat noch gegebenen Auskunft - zuzustimmen, den Verkehr zwischen der Schmidt-Blegge-Straße und der Franz-Heider-Straße als Einbahnstraße aus Richtung Hand nach Paffrath zu leiten?

Verbunden mit einer gleich lautenden Handlungsaufforderung stellt Herr Pick folgende weitere Anfrage an die Verwaltung:

Ist es möglich, für die durch diese Baustelle nicht mehr durch den öffentlichen Nahverkehr angefahrene Haltestelle Franz-Heider-Straße eine Regelung hinsichtlich der Straßen August-Kierspel-Straße, Franz-Heider-Straße, Peter-Walterscheidt-Straße, August-Clostermann-Straße - nicht zuletzt wegen des Altenwohnheims Peter Landwehr und wegen der Seniorenwohnungen August-Kierspel-Straße 96 - zu finden?

Herr Pick führt ergänzend aus, er halte den Fußweg von der derzeit nächsten Haltestelle Kittelburg für einen Zeitraum von drei Monaten für unzumutbar.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Ausschussvorsitzende

gez. Schriftführerin